



# Freistaat Preußen

Administrative Regierung und  
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland  
in der Funktion des persistent objector  
- ius cogens -

Innere Angelegenheiten  
Marktweg 18  
D-[53426] Königsfeld  
[www.freistaat-preussen.world](http://www.freistaat-preussen.world)  
[www.Staatenbund-DeutschesReich.info](http://www.Staatenbund-DeutschesReich.info)

An die von den Westalliierten eingesetzte Verwaltung  
auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone

Sofortige Aufhebung der Neubesetzung des Staates Freistaat  
Preußen/Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/ Deutschland in der  
ehemaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

## Leitsatz:

Das vom Alliierten Kontrollrat am 25. Februar 1947 erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 46 zur [völkerrechtswidrigen] Auflösung Preußens (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland S. 262) wurde für die Deutsche Demokratische Republik durch den Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland am 20. September 1955 wieder außer Wirkung gesetzt.

Für die Bundesrepublik Deutschland wurde das Kontrollratsgesetz Nr. 46 formal durch das Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts vom 23. November 2007 aufgehoben.

---

Regierungserklärung von der Bundeskanzlerin Frau Merkel am 22. März 2018:

*„ ... all das was wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unserem Land vorgenommen haben...“*

*„... Das bedeutet aber, daß wir uns mit großer Ernsthaftigkeit um die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes kümmern...“*

*„... Diese Fragen sind Herausforderung und Chance, nicht nur in Deutschland, sondern für die Europäische Union insgesamt ...“*

Was versteht die Bundeskanzlerin als „unser Land“ ? Welche Staatsangehörigkeit besitzt die Bundeskanzlerin und wessen Interessen vertritt sie?

Bezugnehmend auf die Auflösung der Volkskammer der DDR und der damit verbundenen Aufhebung der besatzungsmäßigen Ordnung auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gilt ab 03. Oktober 1990 der letzte völkerrechtskonforme Verfassungsstand 1920 des Staates Freistaat Preußen/Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland, in den Provinzen Berlin, Brandenburg, Sachsen und Pommern im Rechtsstand 18. Juli 1932, zwei Tage vor dem sogenannten „Preußenschlag“.

Gemäß des Protokolls der Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945 einigten sich die Signatarstaaten Sowjetunion, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten unter dem Punkt IV. „Reparationen aus Deutschland“ wie folgt:

*„In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krimkonferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft über Reparationen erreicht:*

- 1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahme aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.*
- 2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen. ...*

*[...]*

- 9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile an deutschen Unternehmungen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind....*

- 10. Die Sowjetunion erhebt keine Ansprüche auf das von den Alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold.“*

Die Reparationszahlungen an die Sowjetunion wurden aus der laufenden Produktion, Verwendung deutscher Arbeitskräfte, den Beschlagnahmen von Auslandsguthaben und der Demontage der Betriebe bis 1990 geleistet.

Die Höhen der Reparationssummen wurden nicht festgelegt.

*„Beute- und Demontageaktionen gingen in der letzten Phase des Krieges ineinander über. Der weitaus größte Teil der Anlagen in der SBZ wurde 1945/46 entnommen. In den Westzonen begannen die Demontagen erst 1948/49 systematische Formen anzunehmen und wurde bis 1951 abgeschlossen. Hier wurden insgesamt 668 Werke abgebaut, was zu Kapazitätsverlusten von ca. 5 Prozent führte. In der SBZ wurden demgegenüber, nach deutschen Quellen, weit über 2000, nach russischen Quellen sogar mehr als 3000 Betriebe demontiert. Die Demontagen haben mindestens 30 Prozent der 1944 in der späteren SBZ vorhandenen Kapazitäten zerstört. Sie wirkten damit viel einschneidender als die unmittelbaren Kriegszerstörungen.“*

*„...Hinzu kamen der Abbau von Schienen, die Mitnahme von Waggons, Lokomotiven und Schiffen.*

*[...] einst blühende Branchen wie die Autoindustrie erholten sich von der Demontage nie wieder.“*

(Quelle: Die Schulden des Westens, Klaus Blessing, Verlag edition ost)

*„Um eine totale Zerschlagung der ostdeutschen Wirtschaft zu verhindern, wurden im Juni 1946 mit Befehl der sowjetischen Militäradministration die Reparationsleistungen auf Entnahmen aus der laufenden Produktion beschränkt. Noch vorhandene Betriebe wurden in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt. Sie wurden zu sowjetischem Eigentum. Die neue Produktionsstruktur wurde weitgehend den Bedürfnissen der UdSSR angepasst.*

*Materialintensive und investitionsaufwendige Industriezweige wie Schiffbau, Schwermaschinenbau, Chemie wurden errichtet, ohne daß dafür im Osten die entsprechende Rohstoffbasis existierte. Die Entnahmen aus der laufenden Produktion der UdSSR betragen zwischen 1946 und 1953 rund 22 Prozent der Gesamtproduktion im Osten. Das Verhältnis der Belastungen zwischen Ost und West betrug damit 98 zu 2.“*

(Quelle: Wolfram Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Hamburg, 1998, S. 48)

Unter dem Druck

*„der politischen Zielstellung der westlichen Alliierten und der politischen Führung der BRD entsprechend, wurde der innerdeutsche Handel von Beginn an als politische und ökonomische Waffe gegen den Osten Deutschlands eingesetzt. In politischen Krisensituationen wurde das Abkommen [Potsdamer Konferenz: ...>>um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in Deutschland zu schaffen...<<] gekündigt oder außer Kraft gesetzt. Vertraglich vereinbarte Lieferungen waren ständig politisch motivierten Eingriffen Ausgesetzt. Bereits in den Anfangsjahren des >>innerdeutschen<< Handels 1951 unterbrach die BRD zeitweise jeden Warenverkehr. Der Umsatz sank 1951 auf 45 Prozent und 1952 sogar auf nur 36 Prozent des schon geringen Niveaus von 1950. Gießerei- und Maschinenbaubetriebe der DDR mussten infolge dieser Wirtschaftsblockade vorübergehend schließen oder zu Kurzarbeit übergehen. [...] Um ständig ökonomische Schwierigkeiten, insbesondere in der Metallurgie, der Elektroindustrie, im Maschinenbau und in der Chemie aus diesen erpresserischen Maßnahmen der BRD abzuwenden, war die DDR gezwungen, ein umfangreiches Programm zu >>Störfreimachung<< durchzusetzen. Mit gegenüber dem Weltmarkt wesentlich überhöhten Aufwendungen mussten Rohstoffe, Ersatzteile und Ausrüstungen beschafft bzw. in Eigenproduktion hergestellt werden. [...]*

*Die Erpressung der DDR bei der Preisgestaltung im Export und Import war permanenter Bestandteil der BRD-Handelspolitik. Die Exportpreise lagen wesentlich unter dem Weltmarkt, die Importpreise darüber.[...]*

*Hinzu kam die gezielte Abwerbung ostdeutscher Spitzenkräfte durch westliche Konzerne und Institutionen.“ (Quelle: Die Schulden des Westens, Klaus Blessing, Verlag edition ost)*

Von 1945 bis 1991 waren es 4.372.000 meist junge, arbeitsfähige Menschen im Alter bis 25 Jahre, zum Teil gut ausgebildete Facharbeiter und Akademiker, bis zum Jahr 2003 waren es 8.120.000.

Die Staatsverschuldung lag 1989 pro Kopf, umgerechnet in Euro, in der DDR bei 1.900 Euro, in der BRD bei 8.100 Euro.

*„Die Legende von der >>Pleite der DDR<< ist eine Verleumdung. >>Pleite<< ist, wer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Die DDR hat bis zum letzten Tag ihrer Existenz alle Zahlungsverpflichtungen im Ausland und im Inland in Form von Löhnen, Renten und Stipendien erfüllt.“ (Quelle: Die Schulden des Westens, Klaus Blessing, Verlag edition ost)*

Schuldenbilanz der BRD [Fremdverwaltung der alliierten Westmächte] gegenüber der DDR in Millionen DM (Quelle: Die Schulden des Westens, Klaus Blessing, Verlag edition ost)

*„Im Ergebnis unserer Analyse kommen wir zu beeindruckenden Gesamtaussagen. Danach hat sich bis zum Jahre 2000 ein Schuldenberg des Westens gegenüber dem Osten Deutschlands von mehr als sieben Billionen D-Mark angehäuft.*

*„Dem Wesen nach sind das sowohl Schulden im eigentlichen Sinne durch nicht anteilig gezahlte Reparationsleistungen und geraubtes Eigentum, als auch dem Osten zugefügte wirtschaftliche Verluste oder vom Westen ausgenutzte Vorteile. Unsere Berechnungen weisen Lücken auf. Diese führen dazu, dass die Schulden zu niedrig ausgewiesen werden. Wir konnten nur die direkten Auswirkungen annähernd quantifizieren. [...]*

*Seitdem sind weitere neun Jahre vergangen, in denen die Schulden allein aus Gründen der Preisentwicklung und Verzinsung weiter angewachsen sind. Auch der Exodus der ostdeutschen Bevölkerung hält an...*

*Diese volkswirtschaftlichen Gesamtaussagen sind um einen weiteren Aspekt zu ergänzen. Hinzuzurechnen sind [...] auch die rund 60 Milliarden Mark an persönlichen Sparvermögen der Bürgerinnen und Bürger der DDR, die mit der Einführung der Währungsunion und dem Umtauschkurs von 2 Mark zu einer DM gestrichen wurden. Noch am 29. Januar 1990 hatte das Bundesfinanzministerium in einem internen Grundsatzpapier festgestellt, dass die*

*Kaufkraftrelation zwischen der Mark der DDR und der DM 1 zu 1,07 betrug.“ (Quelle: Die Schulden des Westens, Klaus Blessing, Verlag edition ost)*

1990 erfolgte die feindliche Übernahme der SBZ und Bildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes der vier Besatzungszonen und Aufdiktierung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland auf die ehemaligen Bürger der DDR durch die Fremdverwaltung der drei alliierten Westmächte, mit den Folgen der endgültigen Entmündigung, Enteignung [Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens vom 17. Juni 1990 / Erste Durchführungsverordnung zum Treuhandgesetz vom 15. August 1990 (GBl. DDR 1990 I S. 1076)] mit der rechtfertigenden Begründung allein beruhend auf dem so genannten Gewohnheitsrecht.

Mit der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten wurden die Bürger der ehemaligen DDR ein weiteres mal fremdbesetzt und feindlich übernommen.

Vereinbarung vom 27./28. September 1990:

4 a) *„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, dass die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrages auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin nicht umgangen werden.“*

*„Die Kohl-Regierung setzte die russische Enteignung von 1945 –1949 NICHT außer Kraft und erbeutete so Immobilien und Grundwerte von rund 600 Milliarden DM und kann somit die übrigen [westlichen] Besatzungsmächte mit je 200 Milliarden DM abfinden.“*

(Quelle: Zitat Gorbatschow, Report ARD 30.08.2008)

Aufbau Ost heißt,

den Ostdeutschen das Eigentum zu rauben, östliche Kunden und Geschäftsbeziehungen anzueignen und Märkte zu erschließen, ostdeutsche Konkurrenz auszuschalten, Großbetriebe, Hotels, Ferienobjekte für symbolische 1 DM an BRD-Firmen oder Ausländer zu verkaufen, wobei ehemalige DDR- Bürger grundsätzlich ausgeschlossen wurden, um sie in der Folge mit hohen Fördergeldern zu zerstören und stillzulegen und die Deindustrialisierung voranzutreiben, während dessen die „Fördergelder „ost“ abgeschöpft werden, um die Firmen in der „alten Heimat“ zu modernisieren und auszubauen und sich großzügig privat zu bereichern, Massenarbeitslosigkeit zu schaffen und gut ausgebildete Arbeitskräfte abzuwerben, staatliche Versicherungen und Banken zu privatisieren, die Städte und Gemeinden von privaten Firmen verwalten zu lassen, wobei das Leitungspersonal in allen Verwaltungsebenen durch BRD-Personal ausgetauscht wurde, die Soldaten der Nationalen Volksarmee als private Söldner in die Bundeswehr zu übernehmen, die Volkspolizei in eine Privat- POLIZEI zu überführen, die Einkommen und Renten der ehemaligen DDR- Bürger bis heute geringer zu halten, als in der westlichen Besatzungszone, obwohl in sehr vielen Bereichen die Preise wesentlich höher sind, ganze Landstriche zu entvölkern und Zerstörung der gesamten ländlichen Infrastruktur etc. pp. und Völkermord an dem indigenen Volk der Preußen in den Provinzen Berlin, Brandenburg, Sachsen und Pommern zu betreiben.

Was für eine grandiose Leistung der Alliierten Westmächte mit dem Instrument der „Treuhandverwaltung Bundesrepublik Deutschland“ ein Territorium von 108.000 Quadratkilometern mit etwa über 16 Millionen Menschen, die ein selbständiges, sich selbst versorgendes, international geachtetes, friedliches Gemeinwesen unter schwersten ökonomischen Bedingungen, erfolgreich organisierten und entwickelten, binnen weniger Jahre in eine derartige Wüste zu verwandeln, wie wir sie heute auf dem ehemaligen Gebiet der SBZ haben!

Das ist in der Welt einzigartig und stellt einen so genannte "Weißen Krieg" und Völkermord zur entgeltlichen Vernichtung des indigenen Volkes der Preußen dar.

Und dies vor dem Hintergrund der einseitig geleisteten Reparationen von seitens der SBZ/DDR, in der die Ausgangspflicht des Westens liegt zwischen 40 und 100 Milliarden DM nur für den Zeitraum von 1945 bis 1953 auszugleichen. Das weitgehend anerkannte Gutachten, daß im Auftrag der Bundesregierung 1989/90 unter Leitung des Bremer Historikers Prof. Dr. Arno Peters erarbeitet und von 55 Professoren, dem Bürgermeister und 2 Senatoren Bremens unterzeichnet wurde, wird als Basis genommen:

*„Nach diesem Gutachten hat – auf der Basis der Preise des Jahres 1953 – jeder DDR-Bürger 16124 D-Mark Reparationsleistungen erbracht. Jeder BRD-Bürger hingegen nur 126 DM. Peters beziffert die Schulden des Westens gegenüber dem Osten bis zum Jahre 1953 mit 72,2 Milliarden DM (Preise 1953). Mit Zinsen und bei aktualisierten Preisen ergab sich bis 1989 nach Prof. Peters Berechnungen eine Schuld des Westens gegenüber dem Osten von 727,1 Milliarden DM.“*

(Quelle: Die Schulden des Westens, Klaus Blessing, Verlag edition ost)

## Fakten zu Reparationszahlungen 1. Weltkrieg (Versailler Vertrag)

Bezüglich des Versailler Diktats: *„Die Entschädigung der Zinsrückstände wurde im Londoner Schuldenabkommen mit Rücksicht auf die Gebietsverluste Deutschlands und die dadurch bedingte Minderung der Wirtschaftskraft bis zu einer Wiedervereinigung zurückgestellt. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990 hat die Bundesrepublik Deutschland die Bedienung der Zinsrückstände aus vorgenannten Anleihen aufgenommen. [...] Nach dem Londoner Schuldenabkommen sind für diese Zinsrückstände Fundierungsschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von 20 Jahren (Endfälligkeit also 2010) auszugeben, die nach Maßgabe der Anlage I LschA zu erfüllen sind.“*

(Quelle: Deutscher Bundestag; Wissenschaftliche Dienste, WD 1 - 3000 - 088/08)

## **Die abschließende Zahlung der Reparationsleistung erfolgte mit der letzten Zinsrate am 3. Oktober 2010.**

Die SBZ ist zu keinem Zeitpunkt dem Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG) beigetreten.

Beweis: Die Bundesbeamten werden grundsätzlich, aktuell Angela Merkel am 14. März 2018, auf die Urschrift des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 mit dem Geltungsbereich, geregelt im Art. 23 dieser Urschrift des GG, vereidigt, wonach die SBZ nicht im Geltungsbereich liegt.

### Art. 23 GG

*„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Großberlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach dem Beitritt in Kraft zusetzen.“*

Demnach umfasst der Geltungsbereich des GG nicht die ehemaligen Gebiete der SBZ!

Auch bestätigten uns alle von uns befragten Polizisten, daß das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) auf dem Gebiet der ehemaligen SBZ keine Anwendung findet.

Schlußfolgernd stellen wir fest, daß wir auf dem Gebiet der ehemaligen SBZ von feindlichen privaten Großkonzernen, die keine staatshoheitlichen Rechte und Befugnisse haben, besetzt, ausgeplündert, entrechtet, versklavt etc. pp. wurden und werden.

Mit dem Entzug der Staatsangehörigkeit des Staates Freistaat Preußen, Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs /Deutschland verloren diese Menschen und ihre Abkömmlinge auch ihre Bodenrechte und ihre damit verbundenen humanitären Völkervertragsrechte. Diese Alliiertenverwaltung, sich BRD, Bund, Germany, BRD-GmbH etc. pp. und auch irreführend Deutschland nennend, betreibt eine deutschfeindliche Politik gegen diese deutsche Zivilbevölkerung und Völkermord am indigenen, autochthonen Volk der Preußen durch gezielten Bevölkerungsaustausch.

Sendung ARD-Tagesthemen: 20. Februar 2018, 22:15 Uhr

Zitat des Politikwissenschaftlers Yascha Mounk:

***„... daß wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich auch klappen, dabei kommt es aber natürlich auch zu vielen Verwerfungen...“***

Unter der Tarnung „Flüchtlinge“ werden „Geflüchtete und Wirtschaftsemigranten“ gezielt angesiedelt, um einen Bevölkerungsaustausch durchzuführen!

**Gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913, heißt es:**

**§ 1** „*Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem **Bundesstaat** oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.*“

Eine Einbürgerung auf den Staatshoheitsgebieten des Staates Freistaat Preußen oder der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs /Deutschland kann es derzeit jedoch für Ausländer nicht geben, da im RuStAG 1913 geregelt ist:

**§ 9**

*„Eine Einbürgerung in einen Bundesstaat darf erst erfolgen, nachdem durch den **Reichskanzler** festgestellt wurden ist, daß keiner der übrigen **Bundesstaaten** Bedenken dagegen erhoben hat; erhebt ein Bundesstaat Bedenken, so entscheidet der Bundesrat. Die Bedenken können nur auf Tatsachen gestützt werden, welche die Besorgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das **Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates** gefährden würde.“*

Gemäß Reichssiedlungsgesetz vom 11.08.1919, illegal von der BRD zuletzt geändert am 29.07.2009, Bundestagsblatt Teil III, Gliederungsnummer 2331-1, liegt die Entscheidung über Neuansiedlungen ebenfalls ganz allein bei den **Bundesstaaten** des Deutschen Reichs und nicht bei der alliierten BRD- Verwaltung, da ihr schlichtweg die Souveränitätsrechte fehlen! Der Staat Freistaat Preußen befindet sich zwar bereits seit 19. Oktober 2012 in völkerrechtskonformer Reorganisation, gemäß Restitutionspflicht § 185 Völkerrecht. Er ist jedoch noch nicht so weit handlungsfähig, um diese Fragen der Einbürgerungen und Neuansiedlungen abschließend klären zu können!

## Reichssiedlungsgesetz vom 11.08.1919

### § 1

- (1) **Die Bundesstaaten** verpflichtet, wo gemeinnützige Siedlungsunternehmen nicht vorhanden sind, solche zu begründen zur Schaffung neuer Ansiedlungen...
- (2) An der Aufsichtspflicht über das Siedlungswesen sind Vertrauensleute der Ansiedler und der alten Besitzer mit beschließender Stimme, nach näheren Bestimmungen der Bundesstaaten, zu beteiligen.

### § 3

- (3) „... Die Enteignungsbehörde kann dann eine höhere Entschädigung festsetzen, wenn besondere Verhältnisse dies als angemessen erscheinen lassen. (...) Im übrigen bleibt die Regelung der Enteignung, einschließlich der Rechtsbehelfe gegen die Festsetzung der Entschädigung, **den Bundesstaaten** vorbehalten.“

### § 12

- (1) „... Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Staatsdomänen wird nur für die Ermittlung des Hundertsatzes mitgezählt. Die näheren Bestimmungen erlassen die **Bundesstaaten**.“

### § 15

- (4) „Im übrigen bleibt die Regelung der Enteignung einschließlich der Rechtsbehelfe gegen die Festsetzung der Entschädigung **den Bundesstaaten** vorbehalten.“

### § 18

- a. Das Siedlungsunternehmen ist verpflichtet, dem Landlieferungsverband die Grundstücke abzunehmen und ihm den von ihm zu entrichtenden Erwerbspreis zu zahlen,(...)
- b. **Der Reichsminister** bestimmt inwieweit dem Erwerbspreis Kosten zugerechnet werden dürfen.

### § 24

- c. Im übrigen bleibt die Regelung der Zwangspachtung und Enteignung **den Bundesstaaten** vorbehalten.

Die Staatsangehörigen des Staates Freistaat Preußen stehen wieder in den Rechten des sehr umfangreichen humanitären Völkervertragsrechtes. Es gilt auf dem Grund und Boden des Staates Freistaat Preußen die letzte völkerrechtskonforme Verfassung und die darauf beruhenden gültigen und geschriebenen Gesetze. Für den Freistaat Preußen gilt die Verfassung vom 30. November 1920 und der Rechtsstand 18. Juli 1932, zwei Tage vor der gewaltsamen Okkupation durch das Nazi-Regime, den so genannten Preußenschlag.

Die von den Alliierten völkerrechtswidrig aufdiktierte Verwaltung ist nicht befugt, die Bodenrechte des Staates Freistaat Preußen wahrzunehmen und Einbürgerungen und Neuansiedlungen von Ausländern vorzunehmen.

Unter Vortäuschung falscher Tatsachen und in verbotener Eigenmacht wurden durch die vorgetäuschte „Treuhandverwaltung“ die Tore weit geöffnet, um die illegale Einwanderung zu fördern.

Beweis: Urteil Oberlandgericht Koblenz, AZ 13 UF 32 /17 vom 14.02.2017

Randziffer 58:

„Zwar hat sich der Betroffene durch seine unerlaubte Einreise in die Bundesrepublik nach §§ 95 Abs. 1 Nr. 3, 14 Abs. 1, 2 AufenthG strafbar gemacht. Denn er kann sich weder auf § 15 Abs. 4 Satz 2 AufenthG noch auf § 95 Abs. 5 AufenthG i.V.m. Art 31 Abs. 1 GFK berufen. Die rechtsstaatliche Ordnung [besatzungsmäßige Ordnung] in der Bundesrepublik ist in diesem

*Bereich jedoch seit rund eineinhalb Jahren außer Kraft gesetzt und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt.“*

Auch handelt es sich bei den illegalen millionenfachen Einwanderern nicht um Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konventionen:

Im Sinne des Abkommens zur Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967, Art. 1 A findet der Ausdruck „Flüchtling“ auf jede Person Anwendung:

*„die in Folge von Ereignissen aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will, oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurück kehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“*

Das humanitäre Völkerrecht in den Genfer Konventionen sieht weder eine Einbürgerung noch eine Neuansiedlung und Integration von Flüchtlingen vor, sondern lediglich das Recht auf Asyl!

Asyl:

Bundeszentrale für politische Bildung:

[www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56551/asyl-fluechtlingspolitik?p=all](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56551/asyl-fluechtlingspolitik?p=all)

*„Der Begriff „Asyl“ stammt vom Griechischen „asylon“ was soviel wie Heim oder Unterkunft bedeutet.*

*Asylbewerberinnen und –bewerber suchen in einem fremden Land Schutz vor Verfolgung, weil sie in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt werden. Allerdings betrifft Flucht- und Asylpolitik nicht nur die Gruppe politisch verfolgter Flüchtlinge, für die das Asylrecht im engeren Sinne gilt. Es gibt vielmehr noch zwei weitere Flüchtlingsgruppen, die mittlerweile im europäischen Recht [Gewohnheitsrecht] unterschieden werden: solche aus Bürgerkriegsgebieten, die nach einem Beschluß der EU [Wirtschaftsverein ohne hoheitliche Rechte] **vorübergehend Schutz erhalten** können...“*

**Das Asylrecht beinhaltet weder die Gewährung des Schutzes für Wirtschafts-Flüchtlinge noch begründet es eine Einbürgerung, Neuansiedlung, Integration und ewiges Bleiberecht!**

Während dessen die BRD- Wirtschaftskonzerne, welche sich illegal auf dem Gebiet der SBZ befinden, aus rein wirtschaftlichen Interesse und aus niederen Beweggründen und reiner Geldgier eine unerlaubte Einbürgerung vornehmen, wird das indigene, autochthone Volk der Preußen auf dem Staatshoheitsgebiet des Staates Freistaat Preußen aufs äußerste diskriminiert, geplündert, mit Arbeitsverboten konfrontiert, die sozialen Versorgungsleistungen verweigert, aus dem gesamten gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, ihre Kultur zerstört, die Bodenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verweigert und diese Menschengruppe unter Bedingungen gestellt, die den Völkermord am indigenen Volk der Preußen begründen.



**Alle Deutsche, welche die BRD als Staatenlose „deutsch“ auf dem Staatsterritorium des Staates Freistaat Preußen verwaltet, gehören vermutlich zum indigenen, autochthonen Volk der Preußen, denn sie können vermutlich die Abstammung gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 nachweisen. Damit sind sie vermutete Staatsangehörige des Staates Freistaat Preußen und deshalb sind ihnen alle Schutzrechte aus den humanitären Völkervertragsrechten voll umfänglich zu gewähren.**

Die BRD verhindert mit allen Mitteln, daß die Menschen, gemäß ihrer Abstammung, ihre Staatsangehörigkeit wieder annehmen können. Sie erpresst diese Menschen mit Sanktionen, mit Inhaftierungen, grenzt sie aus dem gesellschaftlichen Leben aus, plündert diese Menschen und überfällt diese mit Waffengewalt etc. pp. und diffamiert diese als Reichsbürger.

Unter Beachtung der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker vom 13. September 2007, der die Bundesrepublik Deutschland (BRD), sich irreführend „Deutschland“ nennend, auch zugestimmt hat, wird bekräftigt, daß indigene Völker bei der Ausübung ihrer Rechte keinerlei Diskriminierung unterliegen dürfen.

„(...)

*besorgt* darüber, dass indigene Völker unter anderem als Folge ihrer Kolonialisierung und Entziehung des Besitzes ihres Landes, ihrer Gebiete und ihrer Ressourcen historische Ungerechtigkeiten erlitten haben, was sie daran gehindert hat, insbesondere ihre Rechte auf Entwicklung im Einklang mit ihren eigenen Bedürfnissen und Interessen auszuüben,

*in Anerkennung* der dringenden Notwendigkeit, die angestammten Rechte der indigenen Völker, die sich aus ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und ihrer Kulturen, ihren spirituellen Traditionen, ihrer Geschichte und ihren Denkweisen herleiten, insbesondere ihre Rechte auf ihr Land, ihre Gebiete und ihre Ressourcen zu achten und zu fördern,

*sowie in Anerkennung* der dringenden Notwendigkeit, die in Verträgen, sonstigen Übereinkünften und anderen konstruktiven Vereinbarungen mit den Staaten bekräftigten Rechte der indigenen Völker zu achten und zu fördern,

*es begrüßend*, daß sich die indigenen Völker organisieren, um ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation zu verbessern und allen Formen der Diskriminierung und Unterdrückung, gleichviel wo auftreten, ein Ende zu setzen,

*in der Überzeugung*, dass die Kontrolle der indigenen Völker über die sie und ihr Land, ihre Gebiete und Ressourcen betreffende Entwicklung sie in die Lage versetzen wird, ihre Institutionen, ihre Kultur und ihre Traditionen zu bewahren und zu stärken und ihre Entwicklung im Einklang mit ihren Bestrebungen und Bedürfnissen zu fördern, in der Erkenntnis, dass die Achtung indigener Kenntnisse, Kulturen und traditioneller Praktiken zu einer nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung und einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Umwelt beiträgt,

*unter Betonung* des Beitrags der Entmilitarisierung des Landes und der Gebiete der indigenen Völker zu Frieden, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt und Entwicklung sowie Verständigung und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen und Völkern der Welt, insbesondere in Anerkennung des Rechts indigener Familien und Gemeinschaften, die gemeinsame Verantwortung für die Erziehung, Bildung und Ausbildung und das Wohlergehen ihrer Kinder zu behalten, im Einklang mit den Rechten des Kindes."

Es ist „die grundlegende Bedeutung des Rechts aller Völker auf Selbstbestimmung [zu]

bekräftigen, kraft dessen sie frei über ihren politischen Status entscheiden und in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung gestalten, eingedenk dessen, dass **keine Bestimmung dieser Erklärung dazu benutzt werden darf, einem Volk sein in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausgeübtes Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern,**  
(...)“

Diesen Forderungen der UN-Resolution 61/295 kommt die Bundesrepublik, sich irreführend „Deutschland“ nennend nicht nach und maßt sich an, auf dem Staatsterritorium des Staates Freistaat Preußen, sich als Scheinstaat etablieren zu wollen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist jedoch lediglich die von den alliierten Westmächten eingesetzte Verwaltung gemäß Artikel 133 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, auf dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet der drei westlichen Besatzungszonen.

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist nicht Deutschland und sie ist daher nicht befugt, Erklärungen im Namen Deutschlands mit der Verfassung des Deutschen Reichs abzugeben oder Verträge mit auswärtigen Staaten im Namen Deutschlands / Deutsches Reich zu schließen!

Im Grundgesetz (GG) wird die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich „Bundesrepublik Deutschland“ oder „Bund“ bezeichnet, jedoch niemals „Deutschland“.

Das GG beinhaltet u.a. die Begriffe:

„Bundesgesetzblatt“, „Bundesministerium“, „Bundesgesetz“, „Bund“, „Bundesgebiet“, „Bundesgrenzschutz“, „Bundesregierung“, „Bundestag“, „Bundesrat“, „Bundesverfassungsgericht“, „Bundesflagge“, „Bundesbehörden“, „Bundeszwang“, „Bundespräsident“, „Bundesminister“, „Bundeskanzler“, „Bundesgesetzgebung“, „Bundesverwaltung“, „Bundesrichter“, „Bundesbeamte“, „bundemittelbare“, „Bundeskriminalpolizei“, „Bundeszwecke“, „Bundeswasserstraßen“, „bundeseigene“, „Bundesfinanzverwaltung“, „Bundeswehrverwaltung“, „Bundesbank“, „Bundesautobahn“, „Bundesstraßen“, „Bundespost“ etc. pp..

Alle diese vorgenannten Einrichtungen gehören zur „**Bundesrepublik** Deutschland“ und nicht zu Deutschland / Deutsches Reich!

Für Deutschland gibt es hingegen z.B. die Begriffe:

„Reichsgesetzblatt“, „Reichsministerium“, „Reichsgesetz“, „Reich“, „Reichsgebiet“, „Reichsgrenzschutz“, „Reichsregierung“, „Reichstag“, etc. pp.

Außerdem verweisen wir auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) Artikel 59  
(1) *Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten. Er beglaubigt und empfängt die Gesandten.*

Die BRD schließt ausdrücklich nicht im Namen des Deutschen Reichs / Deutschland Verträge mit auswärtigen Staaten!

Die BRD missbraucht (BGB § 12) den Namen „Deutschland“ mit dem Ziel, sich die Souveränitätsrechte der indigenen, autochthonen, deutschen Völker und deren Bodenrechte unter Vortäuschung eines Gewohnheitsrechtes völkerrechtswidrig anzueignen.

Das Gewohnheitsrecht kann jedoch nur Rechtskraft schaffen, wenn alle Beteiligten damit einverstanden sind. Wir, die Staatsangehörigen des Staates Freistaat Preußen, widersprechen

jedoch diesem Gewohnheitsrecht und daher kann die BRD nicht rechtmäßiger Rechtsnachfolger des Staates Freistaat Preußen sein!

Beruhend auf dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) als höchste Rechtsnorm der aufdiktieren Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ verwenden die Parteien CDU, CSU und SPD auf 179 Seiten DIN A 4 des Koalitionsvertrages 2018 - 2021 lediglich nur fünf mal die Bezeichnung „Bundesrepublik“ bzw. „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD), jedoch ca. 220 mal nennt sich das Treuhand-Verwaltungs-konstrukt irreführend „Deutschland“.

Die Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel wurde zudem am 14. März 2018 auf die **Urschrift** des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Gesetze des Bundes von 1949 vereidigt. Damit gilt dieses GG nicht für die Sowjetische Besatzungszone.

Auch der Bundespräsident wird grundsätzlich auf die Urschrift des GG vom 23. Mai 1949 vereidigt.

❖ Koalitionsvertrag 2018 –2021, unterzeichnet am 12.03.2018  
von Olaf Scholz, Angela Merkel und Horst Seehofer

Seite 120; Zeilen 5622 bis 5624 Zitat:

**„Im Jahr 2019 werden wir 100 Jahre Demokratie in Deutschland und 100 Jahre Frauenwahlrecht feiern sowie an 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre friedliche Revolution erinnern“**

#### **100 Jahre Demokratie in Deutschland bedeutet (1.)**

Vor fast 100 Jahren wurde unter dem Druck der Alliierten durch die völkerrechtswidrige Forderung zur Abdankung des Kaiser Wilhelms II. , Kaiser des Deutschen Reichs, und unter Fremdbestimmung der Alliierten die Weimarer Republik auf den Staatshoheitsgebieten der deutschen Staaten im Staatenbund Deutsches Reich installiert.

Nur dem Freistaat Preußen war es gelungen, seine Staatlichkeit, seine Souveränität und seine Selbstbestimmung zu erhalten, auch wenn er sich in wirtschaftlichen Fragen der von den Alliierten installierten Weimarer Republik unterwerfen musste, um die Abführung der Reparationsleistungen durch die Alliierten überwachen und sicherstellen zu können!

Zitate: RECHTSENTWICKLUNG IN PREUßEN; Eberhard Schmidt, Verlag von JULIUS SPERLINGER, Berlin 1923

*„Erhaltung des Staatscharakters Preußens.*

*Die preußische Rechtsgeschichte hat weder mit dem Zusammenbruch im November 1918 noch mit dem Erlaß der Reichsverfassung vom 11.8.1919 ihr Ende gefunden. Der preußische Staat lebt als Gliedstaat eines ihm übergeordneten Bundesstaates noch heute fort, und es kann nicht zugegeben werden, daß der stärker hervortretende unitarische Zug der neuen Reichsverfassung, der Übergang des Finanzwesens, der Eisenbahnen und Wasserstraßen an das Reich, sowie die bedeutende Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des Reiches der Existenz Preußens als Staat ein Ende bereitet habe. Noch ist Preußen keine Provinz des Reichs, noch übt es in den ihm belassenen Grenzen wahre Staatsgewalt aus, und zwar aus eigenem, historisch überkommenem, originärem Recht, nicht aus einem von der Reichsgewalt abgeleiteten Recht. Noch entwickelt Preußen als Staat ein eigenes Verfassungs- und Rechtsleben und darum ist auch die eigene Rechtsentwicklung in Preußen noch nicht zum Abschluß gelangt und noch nicht in der Rechtsentwicklung des Reichs aufgegangen.“*

...

*„Dem Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung folgte daher am 5.3.1919 der Zusammentritt der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung in Berlin.*

*Die gesamte gesetzgeberische und vollziehende Staatsgewalt ging auf sie über. Mit dem Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20.3.1919 erfolgte zunächst die provisorische Regelung der Verfassungsverhältnisse, namentlich auch der Frage, auf welche Organe die den beseitigten Staatsorganen bisher zustehenden Rechte quoad exercitium übergehen sollten. Die Befugnisse des Königs – natürlich nur soweit es sich um die Exekutive handelte – ging danach auf die vom Präsidenten der Landesversammlung berufenen Staatsregierung über, die eine kollegiale Behörde unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten darstellte und sämtliche Minister umfasste.“*

...

*„Die Hauptaufgabe der verfassungsgebenden Landesversammlung war die Feststellung und der Erlaß der neuen Staatsverfassung. Am 30. 11.1920 kam die Verfassung der preußischen Republik auf der durch das Gesetz vom 20.3.1920 [richtig 1919] angedeuteten Grundlage zu Stande.*

...

*Sieht man von der Staatsform ab, so hat ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit nirgends stattgefunden... Das Verständnis des Staates in seiner jetzigen Gestalt ist daher auch heute nur möglich durch Erkenntnis seines geschichtlichen Werdens.“*

### **100 Jahre Demokratie in Deutschland bedeutet (2.)**

Völkerrechtswidrige Absetzung der preußischen Regierung

Quelle: <https://www.bpb.de/izpb/55973/zertoerung-der-demokratie-1930-1933?p=all>  
Bundeszentrale für politische Bildung

*„Als Vorwand diente der ‘Altonaer Blutsonntag’ [Hamburg/Weimarer Republik, nicht Preußen]. Am 20. Juli 1932 erließ Hindenburg zwei Notverordnungen ‘zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung’ in Preußen. Durch die erste [Verordnung] trat Papen als ‘Reichskommissar’ an die Stelle des Ministerpräsidenten; er übertrug dem rechtsstehenden (parteilosen) Essener Oberbürgermeister Franz Bracht die Geschäfte des Innenministers. Durch die zweite Verordnung wurde die vollziehende Gewalt in Groß-Berlin und Brandenburg auf die Reichswehr übertragen. Die Reichsexekution gegen Preußen war ein reiner Willkürakt und sogar ein ‘Staatsstreich’ (Heinrich August Winkler). Die Regierung Braun protestierte und klagte gegen ihre Absetzung mit Unterstützung der süddeutschen Länder, die den Föderalismus verletzt sahen, vor dem Staatsgerichtshof. Im Oktober 1932 erklärte das Gericht eine vorübergehende Einsetzung von Reichskommissaren für zulässig, deren Beauftragung mit der Vertretung Preußens im Reichsrath hingegen verfassungswidrig. [...] Durch den ‘Preußenschlag’, in den man vorher Hitler eingeweiht hatte, erhielt die an die Macht strebende NSDAP starken Auftrieb. [...] In den folgenden Wochen begann Hitler mit der Planung eines ‘Ermächtigungsgesetzes’, das einer von ihm geführten Regierung die allgemeine und verfassungsändernde Gesetzgebung übertragen sollte. Wegen dieser strategischen Bedeutung des ‘Preußenschlages’ im Prozeß der Demokratiezerstörung stellt sich die Frage,....“* 100 Jahre Demokratie in Deutschland?

Damit erfolgte die völkerrechtswidrige, gewaltsame Einverleibung des Staates Preußen in die Weimarer Republik und in der Folge in das Dritte Reich.

### **100 Jahre Demokratie in Deutschland bedeutet (3.)**

Drittes Reich/ 2. Weltkrieg 1933 bis 1945 mit all seinen Grausamkeiten.....

### **100 Jahre Demokratie in Deutschland bedeutet (4.)**

- direkte militärische Besatzung des Deutschen Reichs/ Deutschland durch die alliierten Besatzungsmächte des 2. Weltkriegs von 1945 bis 1949

- Einteilung der Gebiete der Staaten des Staatenbundes Deutsches Reich in Besatzungszonen der Alliierten Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika, Großbritannien und Nordirland und Frankreich sowie Gebiete zur Verwaltung an Polen
- 1947 Kontrollratsgesetz Nr. 46 zur Auflösung des Staates Preußen (völkerrechtswidrig und Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung), welches spätestens mit dem Zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 23. November 2007 wieder aufgehoben wurde. (Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bereits 1955 aufgehoben)

#### **100 Jahre Demokratie sowie 70 Jahre Grundgesetz in Deutschland bedeutet (5.)**

- 1949 Gründung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes der drei Westalliierten auf Basis des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland – genannt „**Bundesrepublik Deutschland**“
- 1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auf der sowjetischen Besatzungszone als Unrechtsstaat bis 1990

#### **100 Jahre Demokratie in Deutschland sowie 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre friedliche Revolution bedeuten (6.)**

- 1989 friedliche Revolution der Bürger der DDR auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (SBZ)
- 1990 feindliche Übernahme der SBZ und Bildung des Vereinigten Wirtschaftsgebiet der vier Besatzungszonen und Aufdiktierung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland auf die ehemaligen Bürger der DDR mit den Folgen der endgültigen Entmündigung, Enteignung [Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens vom 17. Juni 1990 / Erste Durchführungsverordnung zum Treuhandgesetz vom 15. August 1990 (GBl. DDR 1990 I S. 1076)]
- Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten:  
4 a) *„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, dass die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrages auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin nicht umgangen werden.“*

*„Die Kohl-Regierung setzte die russische Enteignung von 1945 –1949 NICHT außer Kraft und erbeutete so Immobilien und Grundwerte von rund 600 Milliarden DM und kann somit die übrigen [westlichen] Besatzungsmächte mit je 200 Milliarden DM abfinden.“*  
(Quelle: Zitat Gorbatschow, Report ARD 30.08.2008)

Es wird daran festgehalten (vgl. z.B. BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reichs, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch". (Quelle: Auswärtiges/ Antwort - 30.06.2015 [Deutscher Bundestag])

Einzig und allein der Staat Freistaat Preußen, als völkerrechtskonformer Rechtsnachfolger des Königreichs Preußen, ist Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland gem. Artikel 11 der Verfassung von 1871.

Die BRD als Staat „Deutsches Reich“ sieht sich hingegen als Rechtsnachfolger der Weimarer Republik und benutzt auch deshalb die Staatssymbole der Weimarer Republik (Siegel und Flagge der Weimarer Republik) und sie sieht sich in der Rechtsnachfolge des völkerrechtswidrigen Dritten Reichs und überlagert völkerrechtswidrig den sich in Reorganisation befindenden Freistaat Preußen, welcher zu keiner Zeit der Weimarer Verfassung unterstellt war.

Die Teilidentität in Bezug auf die räumliche Ausdehnung der Bundesrepublik Deutschland, als Staat und als Rechtsnachfolger des Dritten Reichs, kann sich nur auf das Territorium am Südpol, Neuschwabenland, beziehen, welches von einer Expedition des Dritten Reichs völkerrechtskonform abgesteckt wurde. (Bundesanzeiger, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz, ausgegeben am Dienstag, dem 5. August 1952, Auswärtiges Amt, Bekanntmachung über die Bestätigung der bei der Entdeckung von „Neuschwabenland“ im atlantischen Sektor der Antarktis durch die Deutsche Antarktische Expedition 1938/39 erfolgte Benennung geographischer Begriffe vom 12. Juli 1952)

- ❖ Koalitionsvertrag 2018 –2021; Zeile 123 bis 125, Seite 6 Zitat:  
*„Wir wollen den Zusammenhalt Europas auf Basis seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Werte auf allen Ebenen vertiefen...“*

In diesem Sinne formulierte Frau Merkel bereits am 22.4.2013 gegenüber Deutsche Wirtschafts Nachrichten ( DWN):

*„Die europäischen Länder müssten akzeptieren, dass die EU in einigen Bereichen das letzte Wort hat, sagte die Bundeskanzlerin. Derzeit herrsche Chaos in Europa. Die EU müsse die Vorgaben machen und die Länder sollten sich an diesen orientieren...“*

Zitat Merkel auf dem evangelischen Kirchentag im Jahr 2011:

*„Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhinkommen, an einigen Stellen auch Souveränität, Rechte an andere abzugeben...“*

Weder ist Europa ein Staat, da die EU keinen Staatscharakter besitzt, denn ihm fehlt schlichtweg ein geschlossenes Staatsgebiet, noch ist die BRD befugt, Souveränitätsrechte des Deutschen Reichs/Deutschland an die EU zu übertragen! Gemäß GG Artikel 59 (1) vertritt der Bundespräsident den **Bund** völkerrechtlich. Er schließt im Namen des **Bundes** die Verträge mit auswärtigen Staaten, jedoch nicht im Namen des Deutschen Reichs/ Deutschland.

- ❖ Koalitionsvertrag 2018 – 2021; Seite 120 Zeilen 5644 bis 5645  
*„Mit einer Kampagne für den Rechtsstaat wollen wir dessen Bedeutung für jede Einzelne und jeden Einzelnen stärker in das Bewußtsein rücken.“*

Auf den Staatshoheitsgebieten der Staaten des Staatenbundes Deutsches Reich ist die BRD kein Rechtsstaat. Mit Propaganda in allen Informationsmedien wird versucht, die BRD als Rechtsstaat den Menschen ins Bewusstsein einzupflanzen. Die BRD ist hier auf den Territorien der Staaten im Staatenbund Deutsches Reich/Deutschland jedoch kein Staat. Sie besitzt keine Souveränitätsrechte. Als Scheinstaat betreibt diese im höchsten Maße Volksverhetzung!

- ❖ Koalitionsvertrag 2018 – 2021; Seite 120 Zeilen 5646 bis 5648  
*„Die `Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.` leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Rechtsstaatsförderung im Ausland. Ihre Arbeit wollen wir weiter fördern.“*

Diese Stiftung kann nur ihren Beitrag für die Rechtsstaatsförderung in Bezug auf das Territorium „Neuschwabenland“ leisten. Sollte diese sich jedoch auf die Staatshoheitsgebiete der Staaten des Staatenbundes Deutsches Reich beziehen, begeht sie damit die Straftat der Täuschung im Rechtsverkehr und dies sogar im internationalen Rechtsverkehr, welche verheerende Auswirkungen haben könnte.

- ❖ Koalitionsvertrag 2018 – 2021; Seite 120 Zeilen 5768 bis 5770  
*„Wir werden den Rechtsstaat handlungsfähig erhalten. Dies stärkt auch das Vertrauen in die rechtsstaatliche Demokratie. Wir werden einen Pakt für den Rechtsstaat auf Ebene der Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern schließen.“*

Dagegen protestieren wir aufs Schärfste. Die BRD ist lediglich die eingesetzte Treuhandverwaltung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet gem. GG Art. 133., welche in der Verwaltungsstruktur des Wirtschaftsgebietes in Bund und Länder eingeteilt sind. Sie besitzt keinerlei staathoheitlichen Rechte auf den Staatshoheitsgebieten des Staates Freistaat Preußen und schon gar nicht auf dem Gebiet der ehemaligen SBZ! Die staathoheitlichen Rechte der BRD gem. GG Art. 20 enden an den Außengrenzen Neuschwabenlands/ Antarktis.

Hier auf dem Gebiet der ehemaligen SBZ und auf dem Staatsterritorium des Staates Freistaat Preußen ist die BRD weder eine vertraglich vereinbarte Treuhandverwaltung (Treuhandnehmer), denn es gibt kein Treuhandvertragsverhältnis, noch ist die BRD hier ein souveräner Staat. Sie nimmt auch die verwaltungshoheitlichen Rechte und Pflichten zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit nicht wahr, sondern zerstört gezielt und systematisch, unter Vortäuschung eines Rechtsstaates, die bis 1990 bestehende verwaltungsmäßige Ordnung und Sicherheit.

Eine aktuelle Dokumentation des ZDF /Sendung frontal 21 vom 13. März 2018 berichtet dazu:

- Moderatorin Ilka Brecht:  
 [Amtsgericht Cottbus] *„Akten stapeln sich. Zur Zeit verhandeln die zuständigen Richter nur noch Fälle von Angeklagten in Untersuchungshaft. Das ist so vorgeschrieben. Die Folge: Verfahren wie das von [...] bleiben liegen.“*
- [Landgericht Cottbus]  
 Präsidentin des Landgerichts Romana Pisal:  
*„Wir sind ganz, ganz knapp gestrikt. Wir haben keine Reserven, daß 32 statt 35 Richter zu haben, daß ist schon eine Herausforderung. Wir haben niemanden in petto, der mal aushelfen könnte.“*
- Moderatorin Ilka Brecht:  
*„In Cottbus wurden frei gewordene Stellen in den vergangenen Jahren nicht neu besetzt. Auch in diesem Jahr sollten weitere wegfallen. Außerdem gehen viele Richter demnächst in Pension.“*
- Präsidentin des Landgerichts Romana Pisal:  
*„Wir werden in den nächsten zehn Jahren 35 % unserer Richter hier verlieren im Haus und in den nächsten 15 Jahren 68 %. Das heißt, zwei Drittel gehen fort und wenn Sie die Einstellungspraxis sehen, ab und zu mal Einer, dann ist sonnenklar, daß das nicht reichen*

wird. Wir müssten in großem Umfang einstellen und wir hätten längst damit anfangen müssen!“

➤ Moderatorin Ilka Brecht:

„Verantwortlich für den Personalmangel. Das Justizministerium. Warum bleiben Prozesse jahrelang liegen? Warum gibt es nach sieben Jahren immer noch keine Urteile...“

„Personalmangel in der Justiz. In ganz Deutschland ist das ein Problem. Das zeigt eine frontal 21- Umfrage in allen 16 Bundesländern. Das Ergebnis: Fast überall gibt es weniger Personal als erforderlich. Insgesamt fehlen 1.948 Richter und Staatsanwälte.“

➤ Vorsitzender Deutscher Richterbund Jens Gnisa:

„Die Justiz hat erhebliche Probleme, ihrem Auftrag gerecht zu werden...“

➤ Moderatorin Ilka Brecht:

„Und so halten auch die Richter am Amtsgericht Hildesheim in ihrem Urteil gegen die Täter fest, daß wegen der rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung von den verhängten Haftstrafen drei Monate als vollstreckt gelten...“

➤ Vorsitzender Deutscher Richterbund Jens Gnisa:

„In einem Rechtsstaat, der etwas auf sich hält, dürfte es derartige Strafrabatte eigentlich nicht geben. Das ist ein sehr unbefriedigender Zustand und letztendlich das Ergebnis einer Justiz, die seit Jahren zu knapp gehalten wird.“

Dies ist auch das Ergebnis der jahrelangen Politik der Parteien CDU, CSU und SPD, welche als Verwaltungskonstrukt privater Firmen weiterhin und erneut die Politik der Verwaltung bestimmen, verbunden mit gezielter Gefährdung der Ordnung und Sicherheit.

❖ Koalitionsvertrag 2018 – 2021, Seite 128; Zeilen 5970 bis 5973 vereinbart:

„Private Sicherheitsbetriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit. Durch die Neuordnung der Regelungen für das private Sicherheitsgewerbe in einem eigenständigen Gesetz werden wir die Sicherheitsstandards in diesem Gewerbebereich verbessern und so für noch mehr Sicherheit und Verlässlichkeit sorgen.“

Mit Sicherheit werden die Staatenlosen „Deutsch“ ohne Anhörung vor einem ordentlichen Gericht mit Waffengewalt aus ihren Wohnungen vertrieben, geplündert und beraubt etc. pp., während Straftaten wie Vergewaltigungen, Messerstechereien, Einbrüche etc. pp. der „Flüchtlinge“ oder von Kinderschändern nicht strafrechtlich verfolgt bzw. wegen „rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung“ Strafrabatt erhalten.

**Mit berechtigter Sorge stellen wir immer häufiger fest, daß die BRD-Institutionen außerhalb jeglicher Rechtsnormen und in Willkür durch so genannte „Staatsanwaltschaften“, oder durch einfache Verwaltungen in so genannten „Verwaltungsvollstreckungsverfahren“ ohne richterliche Beschlüsse oder Urteile mit ihrem mit Waffen ausgestatteten privaten Gewaltmonopol gegen unbewaffnete Zivilisten vorgehen, diese in ihren Wohnungen überfallen und plündern, oder sich an den Bankkonten mit Hilfe der Banker als Handlanger bedienen, ohne den Menschen die Möglichkeit auf rechtliches Gehör gemäß GG Artikel 103 (1) zu gewähren!**

**Alles deutet darauf hin, daß die BRD hier auf dem Staatshoheitsgebiet des Staates Freistaat Preußen völkerrechtswidrig die Souveränitätsrechte wahrnehmen und einen Polizeistaat – Rechtsnachfolger des Dritten Reichs errichten will, mit dem Ziel, den Nutzen des Volkes zu**



**mehren, was bedeutet, das Volk bis aufs äußerste auszubeuten und auszupressen im Interesse des globalen Kapitalismus und der Hochfinanz.**

Wir fordern die alliierten Mächte dringend auf, die Beschlagnahme des Grund und Bodens des souveränen Staates Freistaat Preußen, größter Bundesstaat des Deutschen Reichs/ Deutschland, aufzuheben und die Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ unverzüglich abzuziehen, sowie Ihrer völkerrechtlichen Pflicht

**zur Wiederherstellung des Status quo ante (bellum) gemäß Postliminium § 185 Völkerrecht, Restitutionspflicht für den Staat Freistaat Preußen, Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschlands, im Verfassungsstand vom 30. November 1920 und Rechtsstand vom 18. Juli 1932, im Gebietsstand 1914, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges nachzukommen.**

**- ius cogens -**

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) betreibt die BRD eine feindliche Okkupation und Privatisierung aller staatlichen Gewalt, außerhalb jeglicher legaler Völkerrechtsnorm und verstößt fortdauernd gegen das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) §6 und §7.

Mit Aufhebung der besatzungsmäßigen Ordnung 1990 gilt für die Provinzen des Staates Freistaat Preußen - Berlin, Brandenburg, Pommern, Sachsen - die Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920 sowie der Rechtsstand vom 18. Juli 1932, zwei Tage vor dem Preußenschlag mit der völkerrechtswidrigen Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik.

Zur Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung und kommunalen Selbstverwaltung sind die Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs vom 27. November 2016 unverzüglich umzusetzen!

**Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit!**

Gegeben zu Potsdam, am 27. März 2018



*Ada Conelia  
a.d.r.  
Reichsh...*



# Freistaat Preußen

Administrative Regierung  
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland  
in der Funktion des persistent objector  
- ius cogens -

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt  
Crinitzer Str. 19 C  
D-[15926] Fürstlich Drehna

Hans Franz Detlef a.d.F. B u r d a c k  
[www.freistaat-preussen.world](http://www.freistaat-preussen.world)

## Diplomatische Korrespondenz

27-03/18 FP

---

### Aufhebung der Neubesetzung des SBZ

Sehr geehrter Präsident der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Putin,  
sehr geehrter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Trump,  
sehr geehrter Interims-Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Logsdon,  
sehr geehrte Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,  
Ihre Exzellenz Frau May,  
sehr geehrter Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Seine  
Exzellenz Herr Wood,  
sehr geehrter Präsident der Französischen Republik, Seine Exzellenz Herr Macron,  
sehr geehrte Botschafterin der Französischen Republik, Ihre Exzellenz Frau Descôtes,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für das  
Auswärtige Amt und zugleich für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten vom  
Deutschen Reich / Deutschland, entbiete dem Präsidenten der Russischen Föderation, dem  
Präsidenten und dem Interims-Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, der  
Premierministerin und dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und  
Nordirland sowie dem Präsidenten und der Botschafterin der Französischen Republik im  
Namen aller Regierungsvertreter des sich in Reorganisation befindenden Staates Freistaat  
Preußen meine besten Empfehlungen.

Ich habe die Aufgabe, Ihren Exzellenzen das Schreiben zur Aufhebung der Neubesetzung der  
ehemaligen sowjetischen Besatzungszone vom 27. März 2018 zur Kenntnisnahme und  
Beachtung zu übersenden.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

Anlage

- Schreiben vom 27. März 2018 „Sofortige Aufhebung der Neubesetzung des Staates Freistaat Preußen/Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/ Deutschland in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ)“

Gegeben zu Fürstlich Drehna, am 27. März 2018

Mit freundlichen Grüßen



Hans Franz Dethleff  
a. d. F. Jorck

Präsident der Russischen Föderation  
S.E. Herr Präsident Wladimir Putin  
Staraja Ploshchad d. 4  
103132 Moskau  
per Fax: 007 495 606 0766

Botschaft Vereinigte Staaten von Amerika  
S.E. Herr Kent Logsdon  
Pariser Platz 2  
D-[10117] Berlin  
S.E. Herr Präsident Donald Trump  
per Fax: 0 30 830 510 50

Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland  
S.E. Herr Sebastian Wood  
Wilhelmstraße 70  
D-[10117] Berlin  
I.E. Frau Premierministerin Theresa May  
per Fax: 030 20 45 75 71

Botschaft der Französischen Republik  
I.E. Frau Anne-Marie Descôtes  
Pariser Platz  
D-[10117] Berlin  
S.E. Herr Präsident Emmanuel Macron  
per Fax: 030 590 03 91 10

Date & Time : 27-MAR-2018 21:05 TUE  
Model Name : M267x 287x Series  
Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W  
Host Name : SEC30CDA7AAF440

---

No	Name/Number	Start Time	Time	Mode	Page	Result
140	0074956060766	27-03 20:42	23'04"	G3	019/019	OK



## Freistaat Preußen

Administrative Regierung  
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland  
in der Funktion des persistent objector  
- ius cogens -

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt  
Crinitzer Str. 19 C  
D-[15926] Fürstlich Drehna

Hans Franz Detlef a.d.F. B u r d a c k  
[www.freistaat-preussen.world](http://www.freistaat-preussen.world)

### Diplomatische Korrespondenz

27-03/18 FP

Aufhebung der Neubesetzung des SBZ

Sehr geehrter Präsident der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Putin,  
sehr geehrter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Trump,  
sehr geehrter Interims-Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr  
Logsdon,  
sehr geehrte Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,  
Ihre Exzellenz Frau May,  
sehr geehrter Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Seine  
Exzellenz Herr Wood,  
sehr geehrter Präsident der Französischen Republik, Seine Exzellenz Herr Macron,  
sehr geehrte Botschafterin der Französischen Republik, Ihre Exzellenz Frau Descôtes,

Ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für das  
Auswärtige Amt und zugleich für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten vom  
Deutschen Reich / Deutschland, entbiete dem Präsidenten der Russischen Föderation, dem  
Präsidenten und dem Interims-Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, der  
Premierministerin und dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und  
Nordirland sowie dem Präsidenten und der Botschafterin der Französischen Republik im  
Namen aller Regierungsvertreter des sich in Reorganisation befindenden Staates Freistaat  
Preußen meine besten Empfehlungen.

Ich habe die Aufgabe, Ihren Exzellenzen das Schreiben zur Aufhebung der Neubesetzung der  
ehemaligen sowjetischen Besatzungszone vom 27. März 2018 zur Kenntnisnahme und  
Beachtung zu übersenden.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

